

Protokoll

13. Sitzung der Legislatur 2011-2015

Dienstag, 26. Februar, 2013, 19.00 Uhr, im Seeparksaal

Vorsitz: Parlamentspräsident Fabio Telatin, SP-Gewerkschaften-Juso

Anwesend Stadtparlament: 26 Mitglieder

Entschuldigt: Abegglen Inge, SP-Gewerkschaften-Juso, Buff Roman, EVP, Oezcelebi Atakan, SP-Gewerkschaften-Juso, Elisabeth Tobler, SVP

Anwesend Stadtrat: Balg Andreas, FDP, Brühwiler Konrad, SVP, Hug Patrick, CVP, Stäheli Reto, CVP, Züllig Hans Ulrich, FDP

Protokoll: Evelyne Jung, Parlamentssekretärin

Traktanden

13/ 1. Mitteilungen

13/ 2. Wahl eines neuen Parlamentsbüromitglieds
(Rücktritt Monika Strauss, SVP)

13/ 3. Parkierungsreglement
Eintreten, 1. Lesung

13/ 4. Interpellation betreffend „Schulden- und Zinsmanagement Stadt Arbon“
Beantwortung, Diskussion

13./ 4a. Ersatzwahl neues Mitglied der Rechnungsprüfungskommission
(Rücktritt Paul Strässle, SVP)

13./ 5. Fragerunde

13./ 6. Verschiedenes
• Informationen aus dem Stadtrat

Präsident Fabio Telatin: Geschätzte Besucherinnen und Besucher, Stadtratsmitglieder, Vertreter der Medien, liebe Parlamentarierinnen und Parlamentarier. Ich begrüsse sie und heisse sie zu unserer 13. Parlamentssitzung ganz herzlich willkommen.

Die Fasnachtszeit liegt hinter uns und vor uns liegt ein Abstimmungswochenende. Abstimmungen, welche uns eigentlich Alle auf die eine oder andere Art betrifft. Es sind Abstimmungen, über die man sich viele Gedanken macht: Was ändern sie, was für Vor- oder Nachteile haben wir davon? Es gibt Argumente dagegen und es gibt Argumente dafür und Einige können sich gar nicht entscheiden. Wir fragen und diskutieren, jeder in seiner Partei, in Vereinen oder am Stammtisch, in der Familie oder bei Freunden und Bekannten. Mal sind wir genau der gleichen Meinung und dann aber wieder können wir unser Gegenüber nicht verstehen. Entscheiden aber müssen wir selbst – und auch akzeptieren, wie das Resultat sich zeigt.

Ist es nicht auch so in unserem Parlament? Wir reden mit- und gegeneinander, wir sind mal dafür und mal dagegen, aber was uns unterscheidet, wir erzielen Ergebnisse und Resultate gemeinsam. Lassen sie uns deshalb gemeinsam heute Abend gute Diskussionen führen und gemachte Beschlüsse akzeptieren.

Somit eröffne ich die heutige 13. Parlamentssitzung und bitte Evelyne Jung, die Parlamentssekretärin, den Namensaufruf vorzunehmen.

Es sind 26 Mitglieder anwesend. Das absolute Mehr beträgt 14 Stimmen.

Entschuldigt für die heutige Parlamentssitzung haben sich Inge Abegglen, SP-Gewerkschaften-Juso, Roman Buff, EVP, Atakan Oezcelebi, SP-Gewerkschaften-Juso und Elisabeth Tobler, SVP.

Infolge Rücktritt von Monika Strauss, SVP aus dem Büro des Parlaments, bleibt der Sitz bis zum vorgesehenen Traktandum 2, Wahl eines neuen Parlamentsbüromitglieds vakant.

Traktandenliste

Präsident Fabio Telatin: Sie haben die Traktandenliste rechtzeitig erhalten.

Infolge Rücktritt von Paul Strässle, SVP aus der Rechnungsprüfungskommission muss ein neues Mitglied in diese Kommission gewählt werden. Da die nächste Sitzung der Rechnungsprüfungskommission bereits Mitte März sein wird, muss an der heutigen Sitzung ein neues Mitglied gewählt werden.

Ich beantrage ihnen deshalb den Einschub eines neuen Traktandums 4a: Ersatzwahl neues Mitglied der Rechnungsprüfungskommission.

://: **Der Antrag auf Einschub eines neuen Traktandums 4a wird einstimmig genehmigt.**

Demzufolge lautet die neue Traktandenliste wie folgt:

1. Mitteilungen
2. Ersatzwahl eines neuen Parlamentsbüromitglieds
3. Parkierungsreglement
4. Interpellation betreffend „Schulden- und Zinsmanagement Stadt Arbon“
- 4a Ersatzwahl neues Mitglieds der Rechnungsprüfungskommission
5. Fragerunde
6. Verschiedenes

Andrea Vonlanthen, SVP: Ich beantrage ihnen noch eine kleine Ergänzung der Traktandenliste und zwar: Traktandum 3 Parkierungsreglement, wollen sie bitte noch aufführen, dass vor der 1. Lesung das Eintreten stattfinden muss. Wir sollten hier wirklich nur behandeln, was auf der Traktandenliste aufgeführt ist. Zu einer Reglementsberatung gehört zuerst das Eintreten, bitte führen sie das noch auf.

Präsident Fabio Telatin: Wir nehmen das sehr gerne zur Kenntnis und werden das so auch mündlich vortragen.

://: **Die modifizierte Traktandenliste wird einstimmig genehmigt.**

1. Mitteilungen

Unterlagen

Sie haben folgende Unterlagen erhalten:

Per A-Post:

Mit Versand 1 vom 5. Februar 2013

- Bericht der Kommission „Parkierungsreglement“
- Synoptische Darstellung „Parkierungsreglement“
- Beantwortung Interpellation „Schulden- und Zinsmanagement Stadt Arbon“

Per E-Mail am 12. Februar 2013

- Parlamentsprotokoll der 12. Sitzung vom 22. Januar 2013. Das Protokoll ist auf dem Internet aufgeschaltet.

Mitteilungen aus dem Parlamentsbüro

- Parlamentarische Vorstösse:

An der heutigen Sitzung wurde eine Interpellation von Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso betreffend „Beitrag an das Internationale Komitee des Roten Kreuzes“ eingereicht. Die Interpellation geht nun in Zirkulation.

Gemäss Art. 12 Einbürgerungsreglement besteht für die Einbürgerungskommission Informationspflicht gegenüber dem Stadtparlament über zu behandelnde Gesuche und gefasste Beschlüsse.

Ich bitte Hanspeter Belloni, Präsident der Einbürgerungskommission, um Mitteilungen aus der Einbürgerungskommission.

Hanspeter Belloni, SVP: Auch die Einbürgerungskommission hat ihre Arbeit wieder aufgenommen. An der letzten Sitzung vom 12. Februar 2013 wurden folgende Personen ins Bürgerrecht der Stadt Arbon aufgenommen:

- Altindas Hüseyin, 1977, türkischer Staatsangehöriger
Altindas Aleyna, 2000, türkische Staatsangehörige
Altindas Medine, 2006, türkische Staatsangehörige
Altindas Naciye, 2010, türkische Staatsangehörige
- Lorentz Bertrand, 1953, französischer Staatsangehöriger
Palais Lorentz Sonia, 1972, französische Staatsangehörige
Lorentz Clorinde, 2001, französische Staatsangehörige

Das Gemeindebürgerecht bildet die Voraussetzung für die Aufnahme ins Kantonsbürgerecht. Über die Aufnahme ins Kantonsbürgerecht entscheidet der Grosse Rat in den nächsten Monaten. Ich heisse die neuen Arboner Bürgerinnen und Bürger herzlich willkommen.

2. Zur Behandlung anstehende Gesuche an der EBK-Sitzung vom 12. März 2013:

- Aliti Esmir, 1996, kosovarischer Staatsangehöriger
- Berisha Hidajete, 1984, kosovarische Staatsangehörige
Berisha Arilona, 2008, kosovarische Staatsangehörige
Berisha Leart, 2009, kosovarischer Staatsangehöriger
- Seljmani Vjolca, 1990, mazedonische Staatsangehörige
- Seljmani Albana, 1993, mazedonische Staatsangehörige

3. **Pendenzen:**

Im Moment liegen 8 pendente, behandlungsreife Gesuche von 11 Personen vor. Weitere 15 Gesuche von 20 Personen befinden sich im Vorprüfungsverfahren, im eidgenössischen Bewilligungsverfahren oder sind zurückgestellt.

Präsident Fabio Telatin: Danke Hanspeter Belloni für die Mitteilungen.

2. Wahl eines neuen Parlamentsbüromitglieds

(Rücktritt Monika Strauss, SVP)

Monika Strauss hat ihren Rücktritt infolge familiärer und geschäftlicher Überbelastung per 31. Januar 2013 eingereicht. Wir bedauern ihren Rücktritt, war Monika Strauss doch immer sehr engagiert und ist eine tolle Kollegin.

Die SVP-Fraktion hat Heinz Gygax an ihrer Stelle nominiert.

://: **Heinz Gygax wird einstimmig als neues Mitglied des Parlamentsbüros für die restliche Legislatur 2011-2015 gewählt.**

Heinz Gygax, ich gratuliere dir zu deiner Wahl als neues Büromitglied und bitte dich, hier bei uns Platz zu nehmen.

3. Parkierungsreglement

Eintreten, 1, Lesung

Zum Eintreten erteile ich das Wort dem Kommissionspräsidenten Kaspar Hug

Kaspar Hug, Präsident der Kommission:

Am 19. Juni 2012 haben sie die folgende Kommission mit der Vorbereitung des Geschäftes betraut:

- Bachofen Werner, SVP
- Graf Lukas, SP-Gewerkschaften-Juso
- Gubser Peter, SP-Gewerkschaften-Juso
- Oezcelebi Atakan, SP-Gewerkschaften-Juso
- Schuhwerk Christine, FDP
- Straub Astrid, SVP
- Kaspar Hug, CVP/EVP als Präsident

Ich gehe davon aus, dass sie alle den Kommissionsbericht gelesen haben. Darum verzichte ich auf eine wörtliche Wiederholung.

Danken möchte ich an dieser Stelle dem zuständigen Stadtrat Konrad Brühwiler, der Stadtjuristin Elisabeth Schegg, dem Leiter der Abt. Einwohner und Sicherheit Peter Wenk und speziell Evelyne Jung für die Protokollführung. Sie alle haben die Kommission mit ihrem Fachwissen tatkräftig unterstützt.

Für mich steht ausser Zweifel, dass das Thema "Bewirtschaftung des ruhenden Verkehrs" eine emotionale Angelegenheit ist. Alle von uns haben doch schon parkiert und uns geärgert, wenn wir in irgendeinen Automaten Geld dafür einwerfen mussten. Es ist allen aber auch klar, dass diese Gebühr nicht reiner Willkür entspricht, sondern sie ist gerechtfertigt. Wir beanspruchen beim Parkieren Land und zwar Land, das mehrheitlich der Allgemeinheit und somit uns allen gehört.

Nachdem nun aber viele, teilweise grundsätzliche Änderungsanträge im Raum stehen, macht es sicher keinen Sinn, diese hier und heute lange zu diskutieren. Darum schlage ich ihnen folgendes Vorgehen vor:

- Wir beschliessen Eintreten auf das Geschäft
- danach nimmt die Kommission das Geschäft zur nochmaligen Beratung zurück.
- Sie werden aber gebeten ihre Änderungsanträge, sofern sie nicht schon vorliegen, wie von der FDP, bekannt zu geben. Nur so kann die Kommission logischerweise auch auf die einzelnen Anträge eingehen. Die Vertreterinnen und Vertreter der Fraktionen in der Kommission können diese in der Kommissionsberatung danach auch detailliert begründen.

Aber wie gesagt, dafür muss aber zuerst zwingend auf das Geschäft eingetreten werden. Nur so ist es möglich, dass die Kommission sich nochmals damit beschäftigen kann.

Im Namen der einstimmigen Kommission bitte ich sie, auf das Geschäft einzutreten.

Astrid Straub, SVP: Die Fraktion der SVP bedankt sich bei allen, welche in der Kommission mitgearbeitet haben.

Ein neues Parkierungsreglement für unsere Stadt ist unvermeidbar. Das bestehende Reglement wurde seit Oktober 1999 nicht mehr angepasst. Die Stadt Arbon hat sich seither stetig weiter entwickelt, im Wohn- und Gewerbebereich, bei den Strassenführungen und nicht zuletzt beim motorisierten Verkehr. Der Bund verlangt ein Konzept für den ruhenden Verkehr, es ist ein Bestandteil des Agglomerationsprogramms. Erfüllt man diese Auflagen nicht, fliesst vom Bund kein Geld mehr. Das neue Parkierungsreglement bringt eine Aufwertung für den Lebensraum Altstadt. Die konsequente Bewirtschaftung durch einheitliche Gebühren schafft Ordnung im ruhenden Verkehr.

Der SVP-Fraktion liegt aber daran, dass das Reglement den Bedürfnissen von Gewerbebetreibenden, Bewohnern und Autofahrern gerecht werden kann. Gerade Letztere dürfen nicht einfach als willkommene Gebührenlieferanten betrachtet werden. Daher sollen nur dort Gebühren erhoben werden, wo es unumgänglich ist, und in einem Ausmass, das allgemein akzeptiert wird. Die SVP-Fraktion tendiert dazu, dem Parlament den Entscheid über die Gebietseinteilung und Gebührenanpassungen zu überlassen, doch verdienen gerade diese Punkte noch eine vertiefte Grundsatzdiskussion.

Die SVP Fraktion tritt dafür ein, dass das neue Parkierungsreglement als Ganzes auf Anfang 2014 in Kraft tritt. Die SVP Fraktion tritt einstimmig auf das neue Parkierungsreglement ein.

Nachdem wir heute Nachmittag erfahren haben, dass die FDP allein zu den ersten zehn Artikeln 11 Anträge zu 36 Absätzen stellen will, werden wir zu Beginn der materiellen Diskussion Rückweisung an die Kommission beantragen. Wir sind sehr erstaunt, dass die FDP eine breite Diskussion, die in die Kommission gehört, hier im Parlament führen will. Dazu sind wir nicht bereit. Wir erwarten, dass die FDP ihre Anträge zuerst in die Kommission einbringt und diese dort bereinigt werden.

Cyrill Stadler, FDP: Wir haben in unserer Fraktion das Parkierungsreglement, wie es aus der Kommission vorliegt, ebenfalls beraten. Wir möchten es nicht unterlassen, der Kommission für die geleistete Arbeit zu danken. Sie haben an fünf Sitzungen dieses Reglement überarbeitet und durchgekämmt.

Für besteht kein Zweifel, dass ein solches Reglement nötig ist. Wir sind jedoch als FDP-Fraktion für einfache, klare und transparente Reglemente. Und nicht zum Schluss sollte ein Reglement auch irgendwo einen generell abstrakten Charakter mit sich führen. Es gibt im vorliegenden Reglement eine Verflechtung zwischen diesem generell abstrakten Charakter und der Verordnungsebene, das hätten wir gerne bereinigt.

Wir haben an unserer erwähnten Fraktionssitzung von abends um 19.00 Uhr bis Mitternacht dieses Reglement beraten. Andi Balg als Vertreter des Stadtrates war mit dabei und ich glaube, wir können von uns sagen; wir haben diese Arbeit ernst genommen. Wir schwanken zwischen Rückweisung und Beratung im Parlament. Es stimmt nicht. Wir möchten nicht mit 30 Leuten in dieser Form das Reglement bearbeiten. Da würden wir uns irgendwie um Mitternacht wieder hier vorfinden und hätten noch nicht das ganze Reglement bearbeitet.

Die Vorschläge von Kaspar Hug und wie wir es vorhin in einstimmiger Tendenz von der SVP-Fraktion gehört haben, können wir unterstützen. Eintreten auf das Geschäft und nachher nochmals eine Kommissionssitzung der vorberatenden Kommission. Die Anträge bis Art. 10 liegen bereits vor. In einer weiteren Fraktionssitzung würden wir die restlichen Artikel durcharbeiten und euch, der Kommission, zur Verfügung stellen.

Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso: Auch die Fraktion SP-Gewerkschaften-Juso ist für Eintreten auf das Geschäft. Wir finden es zweckmäßig, die verschiedenen Reglemente, Darstellungen in einem neuen Reglement zusammenzufassen. Wir sind aber nach den verschiedenen Anträgen, die per Mail angefügt wurden, auch der Meinung, nach dem Eintreten sei es zweckmäßig, das Geschäft an die Kommission zurückzugeben. Ich zweifle allerdings daran, dass die Kommission das in einer Sitzung machen kann. Ich denke, dass dafür mehr als eine Sitzung benötigt wird. Vielleicht ist dann auch noch eine rechtliche Abklärung beim Kanton nötig. Mir wäre das lieber, als hier im Rat von 3 Juristen 5 Meinungen zu hören über die rechtlichen Grundsätze.

Wir sind für dieses Reglement, wir sind aber auch dafür, dass da verschiedene Punkte geändert werden gegenüber der Vorlage des Stadtrates. Wir sind der Meinung, dass die Tarife durch die Parkplatzgebühren durch das Parlament festgelegt werden sollten und nicht alles dem Stadtrat übergeben werden sollte. Gebühren sind eine sehr heikle Sache, die in der Bevölkerung diskutiert werden und wir nehmen für uns in Anspruch, auch die Meinung der Bevölkerung zu repräsentieren hier im Rat, vielleicht manchmal mit etwas mehr Fingerspitzengefühl als der Stadtrat. Darum sind wir der Meinung, die Tarife müssen hier festgelegt werden. Wir sind auch der Meinung, die Gebiete müssten hier diskutiert und festgelegt werden. Wir können zu verschiedenen Anträgen, die jetzt über Mail von der FDP angekündigt wurden, nicht Ja sagen. Das wird dann die Auseinandersetzung nach der Kommission hier im Rat zeigen.

Verschiedene Mitglieder unserer Fraktion werden nachher noch kurz Stellung nehmen und Meinungen äussern zu verschiedenen Tarifen. Verschiedene Mitglieder unserer Fraktion sind der Meinung, dass verschiedene Tarife zu hoch sind, vor allem im Vergleich zu umliegenden Städten. Sie werden das nachher noch hören.

Luzi Schmid, CVP/EVP: Die CVP/EVP-Fraktion ist einstimmig für Eintreten. Es ist richtig, das Parkierungsreglement einer Totalrevision zu unterziehen. Insbesondere sollen die verschiedenen Bewirtschaftungszonen neu definiert und festgelegt werden, das ist richtig. Wir haben noch eine Frage: Diese geplanten Parkhäuser, und das ist ein wesentlicher Standteil dieser neuen Reglementszoneneinteilung, sind diese Parkhäuser privat oder werden sie von der Stadt gebaut, sind sie für die Öffentlichkeit zugänglich? Ab wann gilt dieses Parkierungsreglement in der Altstadt? Das ist eine grosse Voraussetzung, denn wenn ich nicht parkieren kann, komme ich nicht in die Altstadt.

In diesem Zusammenhang will die CVP/EVP-Fraktion weiter hören, auf welchen Zeitpunkt generell das Inkrafttreten des Reglements vorgesehen ist? Da bleibt ja die Vorlage auch unklar. Im Voraus besten Dank für die Beantwortung dieser beiden Fragen.

Was uns gestört hat in der Fraktion ist die Benutzung privater Parkplätze. Da weicht das Reglement ganz klar von den Vorgaben vom Kanton ab. Hier will man ab der 31. Minute auf privaten Parkplätzen bereits Gebührenpflicht einführen, der Kanton schreibt aber ab der 91. Minute vor. Auch die Parkplatzgrösse, in unserem Reglement der Stadt Arbon sagt man ab 50, der Kanton schreibt aber ab 100 Parkplätzen, sind diese bewirtschaftungspflichtig. Mir ist gesagt worden, dass das begründet sei, weil bei Baubewilligungen diese Vorgaben angegeben worden sind.

Jetzt doch etwas überraschend für das Rückweisen. Wir sind davon ausgegangen, dass wir jetzt die 1. Lesung haben und kleinere Korrekturen, wie auch angetönt anbringen. Wenn ich jetzt aber höre, zurückweisen, muss ich mich fragen, braucht es überhaupt die Kommissionsarbeit noch? Wir schicken von den Fraktionen Fraktionsvertreter, die geeignet sind, die Fraktionsmeinung einzubringen. Dieses Reglement, wenn ich mich richtig erinnere, liegt schon mehrere Jahre vor zur Beratung. Es ist genügend Zeit dagewesen, um das in den Fraktionen zu studieren und die richtigen Leute in die Kommission zu senden.

Ich habe erst heute Nachmittag diese ersten zehn Artikel gesehen, da wird ja materiell wie redaktionell geändert. Für mich noch erstaunlich, wenn man da zurück geht auf die städtische Fassung, das hätte effektiv noch die Kommission machen können. Das allerletzte noch für mich persönlich, wer macht die redaktionelle Arbeit bei neuen Reglementen. Es ist für mich wirklich eine Frage: macht das die Kommission, macht das der Kommissionspräsident, macht das ein Jurist oder ein Mitarbeiter der Verwaltung? Wer macht das, wer begleitet das, bis das Geschäft schlussendlich in die Redaktionskommission geht. Da ist dann die Aufgabe wieder ganz klar. Da müssen wir uns einmal unterhalten, wer diese Texte schreibt, wer auch Anträge der Kommission, Änderungen einbringt, nicht dass wir dann verschiedene Stilrichtungen haben.

Das wäre die Meinung der CVP/EVP-Fraktion.

Bernhard Bertelmann, SP-Gewerkschaften-Juso: Der Kommissionspräsident hat ja gewünscht, dass man hier noch ein paar Vorschläge einbringt, was an unserem jetzigen Reglement stört. Ich möchte jetzt etwas mit auf den Weg geben, dass man bei der Gebührenstruktur auf das Verhältnis innerhalb der Gebühren achten soll, aber auch im Vergleich zu den anderen Gemeinden.

Wir sind bei den Stundenansätzen für Parkplätze im Vergleich zu den anderen Gemeinden sehr tief. Bei den Tarifen, welche die Anwohnerinnen und Anwohnern betreffen, sind wir jedoch im Vergleich sehr hoch. Das führt dazu, dass ich für ein Jahr parken in der teuersten Zone von 08.00 Uhr bis 20.00 Uhr abends Fr. 12.-- bezahle, für eine Tageskarte soll ich aber hingegen Fr. 10.-- bezahlen, was aus meiner Sicht keinen Sinn macht. Zumal ich in Will Fr. 5.-- bezahle und in St. Gallen und Kreuzlingen Fr. 8.-- für eine Tageskarte.

Damit möchte ich auch noch den Wunsch anbringen, dass man vielleicht im Kommissionsbericht die Vergleichszahlen zu den anderen Gemeinden heranzieht und die Tageskarten auf ein tieferes Mass herunterdrückt. Mein Vorschlag wäre da Fr. 6.--.

Felix Heller, SP-Gewerkschaften-Juso: Es scheint so als hätten wir heute Abend keine allzu lange Parlamentssitzung, deshalb erlaube ich mir auch noch, der Kommission etwas mit auf den Weg in ihre Beratungen zu geben. Ich bin auch für einfache und klare Reglemente, deshalb störe ich mich an der Möglichkeit der Schaffung von Graptopsfeldern. Graptopsfelder bringen mehrere Probleme mit sich.

1. Eine Parkierungsdauer von einer halben Stunde ist weder kurz noch sehr kurz. Dies führt in erster Linie dazu, dass diese Graptopsfelder missbräuchlich verwendet werden, was ein Ärgernis ist.
2. Problem: Die Durchsetzbarkeit bzw. die Kontrolle. Wie soll eine Polizistin überprüfen, ob das Fahrzeug nur seit kurzem parkiert ist oder schon lange auf dem Parkfeld steht? Und was macht sie, wenn der Lenker des Fahrzeugs, das nach Ablauf einer halben Stunde immer noch dort steht, behauptet, er sei in der Zwischenzeit vom Feld weggefahren, habe sich in den Verkehr eingeordnet

und danach wieder auf dem selben Feld parkiert? Administrativ erweisen wir uns mit solchen Gesetzen einen Bärendienst.

3. Und jetzt versuche ich mich in die Sicht eines Gewerblers zu versetzen: Wir schaffen mit diesen öffentlichen Gratisparkfeldern ungleich lange Spiesse. Als Gewerbler, der keine Gratisparkfelder vor seinem Geschäft hat, würde ich mich nämlich arg benachteiligt fühlen. Fairerweise müssten wir dann allen kleinen Geschäften Gratisparkfelder zur Verfügung stellen.

Und schliesslich 4.: Wir verfehlten mit solchen Ausnahmen eines der expliziten Ziele des Reglements, nämlich die Leute zum Umsteigen vom Privatfahrzeug auf das Fahrrad oder auf den ÖV zu bewegen. Es geht dabei überhaupt nicht darum, die Bürgerinnen und Bürger zu schröpfen. Aber bedenken sie: Das Bereitstellen von Parkplätzen ist eine Dienstleistung. Die muss nicht gratis und selbstverständlich sein, zumal Bau und Unterhalt ja auch nicht gratis sind. Und sind wir ehrlich, jenen Leuten, die ein Privatfahrzeug besitzen und es für jede noch so kurze Strecke benützen, denen schmerzen 50 Rappen nicht und es wird auch niemanden davon abhalten, weiterhin im Städtli einen Kaffee trinken oder einkaufen zu gehen. Ich glaube also nicht, dass Parkgebühren einen wesentlichen Einfluss aufs Einkaufsverhalten haben. Das Lädeli-Sterben, wie wir es heute in der Thurgauer Zeitung lesen konnten, finde ich ebenfalls bedenklich, ob wir dem aber mit Gratisparkplätzen entgegenwirken, wage ich zu bezweifeln.

Einverstanden, 1 Franken für den Kurzbesuch im „Lädeli“ ist etwas viel. Deshalb wäre ich bereit für einen Kompromiss: Von der 1. bis zur 30. Minute soll die Parkierungsgebühr nur 50 Rappen betragen und erst ab der 31. Minute Fr. 1.--. Noch viel besser fände ich persönlich die Lösung mit den Parkuh-Modellen, bei denen man die Parkfeld-Nummer eintippt und dann sogar für einen Zehnräppler ein paar Minuten parkieren kann. Diese Automaten sind klein, flexibel und sehr einfach zu bedienen.

Natürlich geht es mir dabei nicht um die Finanzen. Logisch, dass wir so das Budget der Stadt Arbon nicht aufpolieren, was auch nicht der Sinn des Reglements sein soll. Es geht aber um das Bewusstsein der Parkierenden und darum, dass wir die Vielfahrerei nicht noch mit Gratisparkfeldern fördern.

Fazit: Gratisparkfelder für Kurzzeitparkierende sind weder nötig noch sinnvoll. Ich lege der Kommission deshalb nahe, auf deren Schaffung zu verzichten. Allerdings bitte ich sie, Invalidenparkfelder gebührenfrei zu belassen. Dies aus folgendem Grund: Invaliden können nicht ihr Fahrrad gebrauchen und die Benützung des ÖV stellt für viele ein wesentliches Hindernis dar, weshalb sie stärker auf ein Privatfahrzeug angewiesen sind.

Stadtrat Konrad Brühwiler: Der Stadtrat ist konsterniert und erstaunt über die Töne und Schlussfolgerungen in dieser heutigen Eintretensdebatte zum vorliegenden Parkierungsreglement. Doch es ist ja grundsätzlich nicht in der Kompetenz des Stadtrats, die Parlamentsarbeit zu beurteilen oder zu kritisieren.

Aber es kann doch nicht sein, dass Kommissionsarbeit nichts mehr wert sein soll. Die Kommission „Entsorgungsstelle“ wurde kürzlich davon betroffen und heute trifft es die Kommissionsarbeit zum Parkierungsreglement.

Als Stadtrat war ich an vier von fünf dieser Kommissionssitzungen anwesend. Während all der Sitzungen wurde ich und die Kommission unterstützt von den „operativen“ Kräften der Stadt Arbon, durch Elisabeth Schegg und Peter Wenk. Und wenn der Stadtrat auch nicht überall mit den Entscheiden der Kommissionsmehrheit einverstanden war und ist, und in der Detailberatung auf den einen oder anderen Entscheid der Kommission zurückgekommen wird, im Grundsatz kann, darf und muss ich festhalten, dass diese Kommission gut gearbeitet hat. Sie hat grösstenteils fundiert und praxisbezogen agiert und entschieden. Der Stadtrat möchte an dieser Stelle dem Kommissionspräsidenten Kaspar Hug für seine umsichtige Leitung und Sitzungsführung und der Kommission für das aktive und querdenkerische Mitmachen und Midenken seinen Dank aussprechen.

Was nun passiert, stellt einiges in Frage: Das letzte Parkierungsreglement stammt aus dem Jahr 1999 und bedurfte einer formellen und materiellen Überarbeitung. Eine Arbeitsgruppe hat das Papier in wesentlichen Teilen überarbeitet und wurde juristisch begleitet. Anschliessend wurde es zuerst

einer internen und anschliessend einer externen, öffentlichen Vernehmlassung unterstellt.

Alle Antworten dieser Vernehmlassung wurden nochmals überarbeitet, bevor sie der vorberatenden Kommission unterbreitet wurde. Und in dieser Kommission wurde, ich wiederhole mich, glauben sie mir das, seriös und mit bestem Wissen und Gewissen gearbeitet. Die Vorgehensweise, wie sie sich heute beim Eintreten präsentiert, aber ist geprägt von sehr viel Misstrauen.

- Missrauen gegenüber dem Stadtrat und der Verwaltung
- Misstrauen gegenüber der vorberatenden Kommission im allgemeinen
- Misstrauen gegenüber den eigenen Fraktionsmitgliedern in der vorberatenden Kommission im speziellen

Soll das Schule machen?

Wo kommen wir hin, wenn zum Beispiel in der Budgetdebatte aus lauter Einzelanträgen, direkt aus dem Ratsplenum gestellt, besteht. Das ist nach Ansicht des Stadtrats keine Basis für eine gesunde, kräftigende Zusammenarbeit, im Gegenteil. Wenn diese Vorgehensweise des Parlaments anhält, beraubt sich das Parlament seiner Glaubwürdigkeit und gefährdet sich in seiner Daseinsberechtigung. Es liegt an ihnen, ob und in welcher Form die vorberatende Kommissionsarbeit gewichtet und aufgewertet wird.

Kommissionsarbeit hat nach Meinung des Stadtrats einen unverzichtbaren Wert. Dies sollten sich alle Parlamentsmitglieder vormerken, vor allem diejenigen, die sich nicht in die Kommissionsarbeit hineinknien mögen, aus welchen Gründen auch immer. Der Stadtrat verfolgt die weitere Entwicklung mit ernsthafter Sorge.

Der Stadtrat will sich, bei der Vielzahl dieser Abänderungsanträge, einer Rückweisung an die Kommission nicht verschliessen. Dieses Vorgehen aber darf nicht, wie schon gesagt, Schule machen.

Wenn der Stadtrat die fundierte Arbeit der Kommission auch ausdrücklich lobte und in den obenerwähnten Hauptzielen die erwartete und geschätzte Unterstützung fand, so sind wir mit zwei Entscheiden und Anträgen der Kommission nicht einverstanden.

Im Reglement bei Art. 9, Art. 10 und Art. 13 setzt die Kommission Gebühren mit Franken- und Rappenbeträgen fest. Sie begeht damit ordnungspolitisch gleich zwei Fehler. Sie setzt in einem Reglement der Stadt Arbon abschliessend Gebühren fest. Gebühren gehören nach unserer Überzeugung, wie bis anhin üblich, in die Tarifordnung der Stadt Arbon. Und sie greift, und das irritiert den Stadtrat, bewusst in die Zuständigkeiten des Stadtrats ein. Der Stadtrat glaubt nicht, dass dieses Vorgehen im Sinne der Parlamentsmehrheit sein kann und wird bei der Detailberatung die stadträtliche Fassung beliebt machen. Da wird sich dann das Fingerspitzengefühl zwischen Parlament und Stadtrat noch einmal zeigen.

Und die 2. Abweichung zum stadträtlichen Vorentwurf ist der erste der drei Anträge worin es heisst: „Plan- und Gebietseinteilung müssen vom Stadtrat wie vorgeschlagen übernommen werden“.

Ich kann Ihnen versichern, dass der Stadtrat und die Verwaltung auf die Einwände und Anliegen der Kommissionsmitglieder grosse Rücksicht genommen hat, und ich glaube, das können alle Kommissionsmitglieder bestätigen. Wir haben die Einwände und Anliegen ernst genommen, und wir nehmen sie weiterhin ernst. Es würde uns niemals in den Sinn kommen, ohne Grund und ohne Not, Interessen von euch verehrten Parlamentsmitgliedern, sprich von der durch euch vertretenen Bevölkerung, nicht ernst zu nehmen. Wenn der Plan oder die Gebietseinteilung auf Grund von irgendwelchen Veränderungen geändert werden muss, dann sollte, nein dann muss der Stadtrat diese Flexibilität und diese Kompetenz haben. Es kann nicht sein, dass diese Änderungen immer zuerst als Antrag an das Stadtparlament gestellt werden muss. Deshalb wird auch hier der Stadtrat im Reglement noch einmal Antrag stellen auf seine Version.

Dass wir uns innerhalb der ersten und der zweiten Lesung über die Plan- und Gebietseinteilung

unterhalten und der Stadtrat jeden, auch wirklich jeden Verbesserungsvorschlag von ihnen gerne zur Prüfung entgegen nimmt, versteht sich von selbst. Aber bitte nicht im Reglement festschreiben. Und nun zu den Voten in der Eintretensdebatte:

Zu Luzi Schmid, 31. Minute, 91. Minute: Der Kanton schreibt 91. Minute vor, erlaubt aber den Gemeinden, kürzere Zeiten zu wählen. Wir haben uns für die 31. Minute entschieden. Es soll auch ein Steuerungsinstrument sein. Da gebe ich dann wieder Felix Heller recht, die Parkplatzgebühr soll auch ein Steuerungselement sein, damit auf das Velo, auf die Schuhe, den Fussweg umgestiegen wird.

Dann noch die Parkplätze 50 oder 100: Der Kanton schreibt 100 vor, die Stadt hat sich für 50 entschieden, weil in der Stadt kaum jemand 100 und mehr Parkplätze hat, das würde niemanden tangieren, hingegen bei 50 Parkplätzen, da hat es doch umliegende Grossverteiler, die davon betroffen sind. Somit haben wir eine Angleichung und gleichlange Spiesse für diese Grossverteiler.

Die Voten von Bernhard Bertelmann und Felix Heller sind aufgenommen, sie sind gehört und werden in die Kommission mitgenommen. Nur einen Satz habe ich noch zu Felix Heller: Er hat in Worten gesagt, das Geld aus der Parkierung sei nicht so wichtig, oder ich habe das so entgegengenommen, sei nicht das Wichtigste. Ich möchte daran erinnern, dass genau dieses Geld in 30er Parkierungszenen investiert wird. Geld aus der Parkierung wird in eine eigene Rechnung eingeschossen und damit werden verkehrsberuhigende Massnahmen, unter anderem 30er Zonen, finanziert. Da ist dann das Geld wohl irgendwie willkommen.

Luzi Schmid hat gefragt zur Einführung dieses Reglements und die Altstadtsituation. Ich beantworte zuerst die Altstadtsituation.

Der Stadtrat steht zu seinem Wort bezüglich der Situation „Altstadt“. Die Altstadt soll als Lebensraum und nicht als Parkraum verstanden werden. Das öffentliche Parkplatzangebot in der Altstadt soll daher möglichst tief gehalten und dabei auch der Parkplatz-Suchverkehr minimiert werden. Doch wird das Parkierungskonzept auf öffentlichem Grund für die nördliche Altstadt erst umgesetzt werden, wenn genügend alternative Parkplätze dafür zur Verfügung stehen. Eine Möglichkeit ist ja das Parkhaus am Römerhof, das dort geplant ist. Wie gesagt, der Stadtrat hält da sein Wort, Parkplätze in der Altstadt werden erst aufgehoben, wenn genügend Alternativen zur Verfügung stehen.

Den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Reglements sieht der Stadtrat nach dem heutigen Debakel nicht vor dem 1. April 2014.

Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso: Deine Schelte an das Parlament kann ich so nicht stehen lassen. Ich finde nicht, wir hätten da jetzt falsch reagiert. Ich gestehe jetzt der FDP zu, auch wenn ich anderer Meinung bin in gewissen Punkten, dass sie das Reglement genau durchkämmt und dann vielleicht eine ganze Menge Anträge stellt. Ich fühle mich auch nicht verletzt als Kommissionsmitglied. Es hat auch niemand gesagt, wir hätten in der Kommission schlechte Arbeit geleistet. Ich kann leben mit der Rückweisung, und manchmal ist es besser, wenn man ein Geschäft an die Kommission zurückweist, dort noch einmal berät und das neu bringt.

Wenn wir da so von Rückweisungen und Rückzügen sprechen, darf ich auch da Konrad Brühweiler daran erinnern, dass zum Beispiel die Botschaft zum ÖV vom Stadtrat selber zurückgezogen wurde. Da müsste man da vielleicht auch vor der eigenen Türe wischen.

Ich finde unser Vorgehen vertretbar. Es dauert vielleicht etwas länger von den Monaten her, aber die Parlamentssitzungen sind dann nicht so mühsam.

Riquet Heller, FDP: Ich stosse in dasselbe Horn wie Peter Gubser. Ein Debakel zu erklären, betreffend unserem heutigen Beschluss, allenfalls die Kommissionsarbeit nachzubessern, finde ich deplatziert und das Infragestellen des Parlamentsbetrieb damit zu verbinden, ebenfalls.

Luzi Schmid hat gefragt, wer denn Gesetze entwirft, redigiert, wer für die Geburt zuständig ist. Auch in diesem Fall war es die Stadtverwaltung, es folgten zwei Lesungen im Stadtrat. Das war die Grundlage, auf der Kaspar Hug zu arbeiten hatte. Wenn diese Basis vielleicht nicht so gut war, ist es klar, dass auch die Kommissionsarbeit nicht von grossem, tiefem Sinn und Wert sein kann. Es fragt sich demzufolge, wo die Probleme, die wir heute haben ihren Ursprung haben, in der Kommission, im Parlament oder eher in der Stadtverwaltung und im Stadtrat. Ich bitte sie, dies zu bedenken, bevor sie dem Parlament vorwerfen, es richte ein Debakel an.

Präsident Fabio Telatin: Die Diskussion zum Eintreten ist geschlossen. Ich komme zur Abstimmung.

://: **Mit 25 zu 1 Stimme wird beschlossen, auf das Geschäft „Parkierungsreglement“ einzutreten.**

Eintreten

Kommen wir zum Antrag von Kommissionspräsident Kaspar Hug und allen Fraktionen auf Rückweisung an die Kommission.

://: **Dem Antrag auf Rückweisung an die Kommission wird einstimmig zugestimmt.**

Damit ist das Geschäft „Parkierungsreglement“ für heute erledigt.

4. Interpellation betreffend „Schulden- und Zinsmanagement Stadt Arbon“ Beantwortung, Diskussion.

Ich übergebe das Wort dem Interpellanten, Philipp Hofer, CVP für eine kurze Stellungnahme, ob er von der Antwort befriedigt ist oder nicht.

Philipp Hofer, CVP/EVP: Gemäss Antwort des Stadtrats wird die Stadt Arbon in den Jahren 2013-2015 Investitionen von total 50 Mio. Franken tätigen, was zu einer starken Zunahme der Verschuldung in Arbon führen wird. Fremdkapital aufzunehmen und sich zu verschulden ist grundsätzlich nicht schlimm. Gerade für grössere Infrastrukturprojekte wie die NLK, die nicht aus der laufenden Rechnung gedeckt werden können, macht eine Kreditaufnahme durchaus Sinn. Die Frage ist vielmehr, wie viel Verschuldung für Arbon angebracht ist, beziehungsweise was für Arbon eine massvolle und erträgliche Verschuldung darstellt. Die Passivzinsen sollten nicht zu stark das Gemeinwesen belasten und auf keinen Fall sollten die Schulden übermäßig zu Lasten künftiger Generationen anfallen. Ein zusätzlicher Schuldenaufbau von bis zu 50 Mio. Franken kann unter Umständen mehrere Jahrzehnte dauern, bis die Verbindlichkeiten vollumfänglich zurückbezahlt werden. Zusätzlich zum Anstieg der Verschuldung sind die Passivzinsen zu berücksichtigen, die in dieser Grössenordnung keine unwesentliche Rolle spielen. Wir bezahlen bereits jetzt jährlich 0.8 Mio. Franken Fremdkapitalzinsen mit heutigen Konditionen und ohne die zusätzlichen Passivzinsen aus der angekündigten Neuverschuldung. Bald werden wir also jährlich 1 Mio. Franken der Steuergelder direkt für die Begleichung der Passivzinsen aufwenden müssen.

Dem Stadtrat möchte ich für die Beantwortung der Interpellation danken. Er beantwortet die vier Fragen zum Schulden- und Zinsmanagement der Arbon ausführlich, lässt aber bei seiner Beantwortung die Zukunft fast völlig ausser Acht. So wäre es bei Frage zwei wünschenswert, kritische Überlegungen zur Nettoschuld je Einwohner, zum Kapitaldienstanteil oder der Entwicklung des Zinsbelastungsanteils nach 2011 anzubringen. Schliesslich wird auch erst in den Jahren nach 2011 der Schuldenaufbau massiv erhöht. Dass der Finanzplan bis ins Jahr 2011 erfreuliche Werte ausweist, ist nett, doch stehen wir jetzt im Jahr 2013 vor Rekordinvestitionen von mehr als 17 Mio. Franken. Ganz generell hätte ich bei der Beantwortung erwartet, dass in den Grundzügen eine langfristig erkennbare Strategie zum Umgang mit der Verschuldung in Arbon ersichtlich wird.

Der Stadtrat erwähnt in seiner Antwort lediglich, dass er keine Obergrenze für die Verschuldung von Arbon vorsieht. Hier hätte mich ein Blick in die Zukunft schon erfreut und zumindest eine nachvollziehbare Prognose darüber, wann wieder mit einem Rückgang der Schulden zu rechnen ist, beziehungsweise welche Kreditobergrenze der Stadtrat antizipiert.

Seit dem Einreichen meiner Interpellation am 23. Oktober 2012 hat die katholische Kirchengemeinde eine Bausteuer von 3 Prozent für die nächsten drei Jahre eingeführt. Die Sekundarschulgemeinde Arbon hat mit der Präsentation des Budgetdefizits 2013 auf ihre angespannte Finanzlage aufmerksam gemacht, ab dem Jahr 2014 ist dort eine Steuerfusserhöhung ebenfalls wahrscheinlich. Ich bin überzeugt, dass die jetzige Erhöhung der Verschuldung die Handlungsfähigkeit und Flexibilität der Stadt Arbon einschränken wird. Es würde mich deshalb vom Stadtrat interessieren, ob bei der Budgetierung der einzelnen Körperschaften miteinander kooperiert wird. Gerade in Zeiten mit hohem Investitionsbedarf erachte ich es als wichtig, dass die einzelnen Körperschaften noch näher zusammenrücken und für ein attraktives Arbon ihre Finanzierungskonzepte miteinander diskutieren und abgleichen. Schliesslich ist für Arbon als Gemeinde der Gesamtsteuerfuss, wie auch die Gesamtverschuldung für die Standortattraktivität entscheidend.

Für mich bleiben zu viele grundlegende Fragen offen. Zudem würde mich eure Meinung, liebe Stadtparlamentarier und Stadtparlamentarierinnen, zum Thema Schulden- und Zinsmanagement der Stadt Arbon interessieren: Deshalb beantrage ich Diskussion.

Präsident Fabio Telatin: Wir stimmen darüber ab, ob eine Diskussion geführt werden soll.

://: **Dem Antrag von Philipp Hofer, CVP auf Diskussion über die Interpellation „Schulden- und Zinsmanagement Stadt Arbon“, wird grossmehrheitlich zugestimmt.**

Philipp Hofer, CVP/EVP: Besten Dank für die Zustimmung zur Diskussion. Ich erachte es als unsere Aufgabe, ein wachendes Auge auf die nicht dramatische, aber anwachsende Verschuldung in Arbon zu werfen. Dem Stadtrat möchte ich folgende bereits erwähnten Fragen zum Schulden- und Zinsmanagement stellen:

1. Zum fehlenden Zukunftsblick: Der Stadtrat sieht keine Kreditobergrenze vor. Hat sich der Stadtrat intern eine Kreditobergrenze gesetzt? Wie und in welchem Zeitraum gedenkt der Stadtrat die Schulden zurückzuzahlen?
2. Inwiefern wird im Budgetierungsprozess unter den einzelnen Körperschaften kooperiert und Steuerfusserhöhungen, beziehungsweise die Aufnahme von mittel- und langfristigen Krediten untereinander abgestimmt, damit der Gesamtsteuerfuss und die Gesamtverschuldung für Arbon als Gemeinde erträglich bleiben?

Ich möchte mich jetzt schon für die Antworten des Stadtrates bedanken und freue mich auf eine konstruktive Diskussion.

Hanspeter Belloni, SVP: Die Fraktion der SVP bedankt sich ebenfalls beim Stadtrat für die Antworten vom 3. Dezember 2012.

Aufgrund der finanziellen Entwicklung und den Aussichten in naher Zukunft begrüßt die Fraktion der SVP diese Diskussion sehr. In der Bevölkerung herrschen grosse Sorgen um die finanzielle Zukunft von Arbon. Gerne hätte die SVP-Fraktion an der letzten Sitzung auch über die Interpellation betreffend „Probleme beim Asylantendurchgangsheim an der St. Gallerstrasse“ diskutiert. Leider interessierte sich hier fast die Hälfte der gewählten Volksvertreter nicht für die Sorgen und Ängste der Arboner Bürger.

Ich bin ebenfalls, wie Philipp Hofer, nur bedingt zufrieden mit den Antworten. Die Fragen sind sicher sachrichtig beantwortet. Doch ist die SVP-Fraktion eher enttäuscht von den Antworten. Sie hat aufgrund der finanziellen Aussichten mehr konkrete Informationen erwartet.

Die Interpellation von Philipp Hofer wäre für den Stadtrat eine gute Gelegenheit gewesen, auf die vielgepriesenen Zahlen, die sehr gute Zahlungsmoral der Steuerzahler und die nach wie vor ungebrochene, gute Entwicklung unseres Finanzhaushaltes hinzuweisen. Die Frage stellt sich doch ob dies auch so bleibt.

Erlauben sie mir diese Interpellation zum Anlass zu nehmen, um folgende Fragen aufzuwerfen:

Wie gedenkt der Stadtrat die, teilweise bereits ab diesem Jahr, spätestens aber ab 2015 neuen, wiederkehrenden Kosten von total rund Fr. 900'000.-- ohne Steuererhöhungen zu finanzieren?

Gemäss Projektübersicht der Stadt Arbon, Stand 12. November 2012, die jeder Parlamentarier erhalten hat, sind das folgende Kosten:

- Fr. 683'000.--: wiederkehrende Betriebskosten für einen allfälligen neuen Ortsbus
- Fr. 110'000.--: wiederkehrende Betriebskosten für die neue Dreifach-Sporthalle
- Fr. 64'300.--: Beitrag EZO
- Fr. 29'000.--: für eine allfällige Miete der neuen Entsorgungsstelle
- noch unbekannte Betriebskosten für einen neuen Skatepark

Diese Kosten wohlgernekt noch ohne entsprechende Abschreibungen.

Betriebskosten für einen Ortsbus unter dem Deckmantel des „Agglomerationsprogramms“, dessen Nutzen und Fahrtrouten mehr Fragen aufwirft: Eine grosse Mehrheit der Arboner Bevölkerung fragt sich, ob wir einen Ortsbus überhaupt brauchen bzw. wir ihn uns leisten können.

Betriebskosten für eine neue Entsorgungsstelle für rund Fr. 460'000.--, obwohl nicht einmal abgeklärt wurde, ob dies die einzige richtige Lösung für die Stadt Arbon sei.

Betriebskosten für einen Skatepark, dessen Standort und Finanzierung mehr als umstritten ist. Ich wiederhole mich sehr gerne: Eine Steuererhöhung kommt für die SVP überhaupt nicht in Frage und wird mit allen Massnahmen bekämpft.

Bis heute ist es der Stadtrat dem Parlament und der Bevölkerung schuldig geblieben, Transparenz in das ganze Agglomerationsprogramm zu bringen. Was ist wirklich vorgeschrieben oder was ist „Wunschdenken“. Das wäre doch eine gute Gelegenheit für das neue Stadtoberhaupt, sich in Szene zu setzen.

Zu den einzelnen Fragen

1. Frage: Sieht der Stadtrat mittel- und langfristig eine Kreditobergrenze zur weiteren Verschuldung von Arbon vor?

Mit dem Wunschdenken, „tiefe Investitionen oder überdurchschnittliche Zunahme der Steuereinnahmen, verbunden mit besseren Ergebnissen“, wird der Stadtrat die finanziellen Aussichten nicht in den Griff bekommen.

Dass Investitionen verschoben werden könnten, hat die FGK anlässlich ihrer Herbstsitzungen mit den Ressortverantwortlichen auch bereits diskutiert, allerdings leider ohne konkrete Ergebnisse, da es an vielen Orten „brennt“, siehe Arboner Untergrund. Dass Investitionen gar nicht ausgelöst werden könnten, ist immerhin schon ein guter Ansatz.

Der Stadtbus, den sich Arbon in den nächsten Jahren kaum leisten kann, wäre schon einmal ein Anfang. Die Fraktion der SVP ist überzeugt, dass sowohl Bund wie auch Kanton sogar froh wären, wenn aufgrund der finanziellen Lage nicht alle im Agglomerationsprogramm aufgelisteten Projekte sofort umgesetzt werden.

Da müsste vielleicht der Stadtrat einmal mit den zuständigen Personen an einen runden Tisch sitzen, um die aktuelle Situation zu diskutieren. Es geht anderen Gemeinden und Städten, die sich im gleichen Agglomerationsprogramm befinden, nicht viel besser.

Gefordert ist jetzt ein strategisch, vielleicht auch ein querdenkender Stadtrat, der nachhaltige Massnahmen und Vorschläge erarbeitet.

2. Frage zum Kapitaldienstanteil:

Dass dieser in den nächsten Jahren ansteigen wird liegt förmlich auf der Hand. Interessant wäre anhand von Szenarien zu wissen, wie dieser in Zukunft aussieht und was für Gegenmassnahmen der Stadtrat plant. So wie es die Sekundarschule vorgelegt hat.

3. Frage: Hat der Stadtrat die Absicherungen von Zinsrisiken, welche die Finanzinstitute anbieten, den finanziellen Aussichten der Stadtkasse einmal gegenübergestellt und mögliche Szenarien durchberaten?

Sie merken, für die Fraktion der SVP sind die Antworten keine Antworten, die uns Aufschluss über das „Schulden- und Zinsmanagement der Stadt Arbon“ geben, sondern eine reine Aufzählung und Zusammenfassung von Informationen.

Wir fordern hiermit den Stadtrat auf, im Moment noch ohne entsprechenden Vorstoss, ein Grundlagenpapier über die aktuellen, aber auch bevorstehenden, finanziellen Entwicklungen der Stadt Arbon zu erstellen, um dann Parlament und Bevölkerung entsprechend zu informieren. So wie es die Sekundarschulgemeinde gemacht hat. Nachhaltige Massnahmen sind nun gefragt. Oder dann stehen wir plötzlich mit dem Rücken zur Wand und sehen nur noch eine Steuererhöhung als einzige Lösung.

Cyrill Stadler, FDP: Aus dem Voranschlag 2013 lese ich unter Bemerkungen beim Finanzplan: „Aufgrund der hohen Nettoinvestitionen in der Investitionsplanung muss voraussichtlich wieder neues Fremdkapital aufgenommen werden, da der Cashflow aus der Laufenden Rechnung in den kommenden Jahren nicht ausreichen wird. In der Zeit von 2000 – 2008 hat die Stadt Arbon rund 23 Mio. Franken Darlehensschulden zurückbezahlt. Die aktuelle Planung geht davon aus, dass in den kommenden Jahren wieder neue Darlehen in Höhe von ca. 50 Mio. Franken aufgenommen werden müssen, unter der Voraussetzung, dass sämtliche grösseren geplanten Investitionen getätig werden; neue Linienführung Kantonsstrasse, Saurer Werk Zwei, Sanierungen Gemeindestrassen und Kanalisation, neues Pflegeheim etc.“

Wir in unserer Fraktion erwarten vom Stadtrat nicht den Blick in die Kristallkugel. Das kann der Stadtrat nicht, das können wir nicht und zum Glück wir alle können das nicht. Was wir hingegen erwarten, und da bin ich echt gespannt auf die Antworten auf meine Interpellation, die noch offen ist zur Fremdkapitalstruktur. Ich denke, wenn wir den Blick weiter hinausrichten, eine Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Gemeinden auf unserem Stadtgebiet (Schulgemeinden, politische Gemeinde, vielleicht auch Pflegeheim) da gäbe es wirklich im Moment attraktive Finanzierungsmöglichkeiten, wie wir den Schuldendienst der Stadt, der politischen Gemeinde, aber auch der Schulen, wie es Hanspeter Belloni es auch angedeutet hat, in den Griff kriegen. Wissen, was auf uns zukommt, da möchte ich doch platzieren, dass wir auf die Antworten auf diese Interpellation sehr gespannt sind. Nicht um irgendwelche Schätzungen oder Zukunftsperspektiven zu sehen, sondern um griffige Möglichkeiten, wie wir uns ausrichten können.

Lukas Graf, SP-Gewerkschaften-Juso: Ich halte mich kurz und gehe nur auf die Interpellation ein. Investitionen wollen finanziert sein. Und dass die Stadt Arbon das aktuelle Investitionsvolumen nicht mit eigenen Reserven bewältigen kann, erstaunt wenig, wenn man die Entwicklung der Nettoinvestitionen in den vergangenen Jahren betrachtet.

Wie vom Stadtrat in seiner Antwort auf diese Interpellation erwähnt, ist das Zinsniveau im Moment vergleichsweise tief und der Zeitpunkt für grosse Investitionen geeignet.

Die Fraktion SP/Gewerkschaften/Juso dankt dem Stadtrat für die ausführliche und klare Beantwortung der gestellten Fragen. Aus unserer Sicht wurden sämtliche Fragen zufriedenstellend beantwortet. Die Notwendigkeit zur Festlegung einer Kreditobergrenze ist für uns nicht gegeben, zumal damit das eigentliche Problem der Verschuldung nicht gelöst werden kann. Ich meine damit, die alleinige Definition der Kreditobergrenze löst das Problem nicht. Zudem sind wir der Ansicht, dass die Finanzverwaltung der Stadt Arbon gute Arbeit leistet und die Situation zum jetzigen Zeitpunkt im Griff hat. Das heisst natürlich nicht, dass wir uns nicht neuen Modellen, wie soeben von Cyril Stadler vorgeschlagen, dass wir uns denen verschliessen würden.

Vizestadtammann Patrick Hug: Das Wichtigste vorweg, Philipp Hofer: Auch der Stadtrat hat alles Interesse daran, dass der Gesamtsteuerfuss gehalten werden kann. Er wird seine Gespräche mit den anderen Körperschaften intensivieren, um Investitionsvorhaben besser abgleichen und finanzpolitische Fragen vertiefter erörtern zu können. Hierzu findet aktuell morgen Mittwoch eine Sitzung des Stadtrates mit den Präsidien der drei Primarschulgemeinden und der Sekundarschulgemeinde statt.

Grundsätzlich bleibt festzuhalten, dass es sich bei den immer wieder zitierten 50 Mio. Franken Neuverschuldung um einen Betrag handelt, der im Finanzplan erwähnt ist, unter der Voraussetzung allerdings, dass tatsächlich alle grösseren Investitionen in der vollen Höhe, also ungekürzt getätigt werden. Der Stadtrat wird aber in den kommenden Budgetprozessen bei sämtlichen Investitionen die sich bietenden Einsparmöglichkeiten ausschöpfen. Im Vorfeld der jährlichen Klausursitzung im Juni haben wir bereits erste Investitionen auf ihre Notwendigkeit hinterfragt. Wir werden aber generell alle Investitionen im Hinblick auf das Budget 2014 und den Finanzplan 2015 bis 2017 überprüfen und absolut Notwendiges von Wünschbarem trennen. Konkrete Zahlen werden wir Ihnen bei der Präsentation des Voranschlags 2014 bekanntgeben.

Trotz Rekordinvestitionen hat sich die finanzielle Situation der Stadt Arbon weiter verbessert, Hanspeter Belloni. Bereits in den vergangenen Jahren haben die Jahresrechnungen wesentlich besser abgeschlossen als budgetiert. Und aktuell konnten wir im Jahr 2012 Steuereinnahmen in Rekordhöhe verbuchen. Noch nie in ihrer Geschichte hat die Stadt Arbon derart viel Steuern eingenommen wie im vergangenen Jahr. Diese höhere Liquidität hat auch Einfluss auf die Darlehensaufnahme, Cyril Stadler. Im Jahr 2012 mussten keine neuen Darlehen aufgenommen werden, die Fremdverschuldung ist also nicht gestiegen. Wir konnten die laufenden finanziellen Verpflichtungen mit unseren liquiden Mitteln bewältigen. Und wir konnten den Verschuldungsstand gar verbessern: Im letzten Jahr, das habe ich bereits bei der Präsentation des Budgets 2013 erwähnt, lief ein Darlehen über 4 Mio. Franken zu einem Zinssatz von 4,375 Prozent aus. Wir haben diesen Betrag zu 0,86 Prozent auf sieben Jahre, also bis 2019, refinanziert. Wir erzielen hier eine Zinsersparnis von rund 3,5 Prozent. Wir sehen keine Kreditobergrenze vor, Hanspeter Belloni, dies haben wir in der schriftlichen Antwort bereits erwähnt.

Zum Votum noch des Interpellanten Philipp Hofer: Einerseits veröffentlichen wir Grafiken und Kennzahlen zu Selbstfinanzierungsgrad, Selbstfinanzierungsanteil, Zinsbelastungsanteil und Kapitaldienstanteil jeweils mit dem Budget. So auch mit dem Voranschlag 2013, also durchaus aktuelle Zahlen nach dem Jahr 2011. Andererseits präsentieren wir weitere Kennzahlen wie Abschreibungslast, Steuerkraft oder Pro-Kopf-Verschuldung jeweils in Jahresbericht und Jahresrechnung. Die aktuellen Zahlen werden wir Ihnen im Zusammenhang mit der Rechnung 2012 bekanntgeben.

Die Rückzahlung der Schulden schliesslich hängt vom weiteren Verlauf der Rechnungsergebnisse ab. Die Zinsbelastung werden wir tragen können, Hanspeter Belloni. Und über die Betriebskosten eines Ortsbusses beispielsweise wird das Stadtparlament noch beraten. Und die Betriebskosten eines Skateparks stehen noch nicht fest. Auf weitere Fragen, die gestellt werden, werden wir im Rahmen der Beantwortung der Interpellation Stadler eingehen. Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Stadtammann Andreas Balg: Die Entwicklung von Arbon ist ein Gesamtkonzept und das Ganze ist bedeutend mehr als die Summe aller Teile. Dies kann man auch gut erkennen, am Beispiel der Entwicklung und Gestaltung der NLK und der Beeinflussung auf die Altstadtentwicklung, oder zum Beispiel den Ortsbus und das Parkierungskonzept. Wenn man da genauer hinschaut, dann stellt man fest, das Eine ist ohne das Andere nicht optimal zu erreichen. Dies sind nur zwei Beispiele, da gibt es mehr, die das deutlicher aufzeigen und insbesondere verdeutlichen, dass die verschiedenen Konzepte oder Projekte aus dem Agglomerationsprojekt, dass die zusammen gehören.

Ich werde an dieser Stelle noch zwei, drei weitere Punkte aufzeigen, nur um einen allgemeinen Überblick zu geben. Ich werde bei entsprechender Gelegenheit vertieft auf die einzelnen Themen eingehen.

Ich bitte sie, haben sie keine Angst vor dem eigenen Mut. Ich muss ihnen die Entwicklung der letzten Jahre nicht aufzeigen. Sie kennen das selber und durch Martin Klöti kann eine positive Dynamik in die Stadt. Das dürfen wir nicht bremsen und schon gar nicht abbrechen. Wir sind auch der Überzeugung, sie haben die Zahlen vorher von Patrick Hug gehört, das Ganze ist finanziert. Es ist nicht einfach. Das habe ich vor einem guten Jahr schon gesehen, als ich mich für diese Stelle beworben habe. Aber genau das hat mich herausgefordert auf der einen Seite. Auf der anderen Seite habe ich die erste Erkenntnis gewonnen, dass das, was aufgeleistet ist, das Gesamtkonzept inklusive Agglomerationsprojekt, eine gute Sache ist, die unbedingt weiter zu verfolgen ist. Abgesehen davon kann die Entwicklung nicht aufgehoben werden.

Im Prinzip haben sie zwei Möglichkeiten: Entweder sie sträuben sich dagegen und verlieren oder sie gestalten positiv mit. Mutiges, zukunftsorientiertes und konstruktives Gestalten ist angesagt. Die positive Entwicklungsspirale, starke Signale zur Standortattraktivität und Verbesserung des Images müssen wir unbedingt beibehalten. So stellen wir sicher, dass das Interesse am Standort Arbon, dass weitere auch gut verdienende Einwohner in die Stadt ziehen, dass das bleibt und damit auch die zusätzlichen Einnahmen, die wir benötigen, auch erhalten.

Zuletzt: ich bin überzeugt, zusammen können wir es schaffen. Die Verwaltung, der Stadtrat und auch das Parlament hat die nötige Kraft, Kompetenz und Fähigkeiten, diese Zukunft positiv zu entwickeln. Helfen sie mit, bleiben sie dabei.

Präsident Fabio Telatin: Wenn keine Wortmeldungen mehr sind, ist dieses Geschäft erledigt.

4a Ersatzwahl neues Mitglied der Rechnungsprüfungskommission (Rücktritt Paul Strässle, SVP)

Infolge Rücktritt von Paul Strässle, SVP aus der Rechnungsprüfungskommission schlägt ihnen die SVP in Ersatzwahl Jürgen Schwarzbek vor.

Roland Schöni von der SVP wird ihnen Jürgen Schwarzbek kurz vorstellen:

Roland Schöni, SVP: Ich spreche hier als Vizefraktionspräsident der SVP. Wie gehört, schlagen wir hier für unser langjähriges Mitglied der Rechnungsprüfungskommission Paul Strässle nun neu Jürgen Schwarzbek vor.

An dieser Stelle möchte ich Paul Strässle ganz herzlich für seine Arbeit danken, die er für Arbon geleistet hat. Mit Jahrgang 1943 darf man sicher ein wenig kürzer treten.

Jürgen Schwarzbek ist Jahrgang 1966, ist verheiratet, hat zwei Kinder sieben und zehn Jahre und wohnt in Stachen. Von Beruf ist er Maschinen- und Wirtschaftstechniker und seit 2003 Inhaber und Geschäftsführer der Brom Solutions Arbon. Einige von ihnen werden Jürgen Schwarzbek als Präsident der Primarschule Stachen kennen, die er seit 2007 als Mitglied und Präsident führt. Zudem ist er in der Behörde der Sekundarschulgemeinde Arbon. Ich bitte sie, Jürgen Schwarzbek für die restliche Dauer der Legislatur 2011-2015 zu wählen.

Jürgen Schwarzbek ist nicht Mitglied der SVP, er ist parteilos. Trotzdem haben wir ihn nominiert, weil er der SVP zugewandt ist. Darum stellen wir ihn zur Wahl auf. Sie sehen, meine Damen und Herren, wir haben keine Hemmungen gute Leute aufzustellen, die nicht unbedingt Mitglied der SVP sind. In diesem Sinne empfehle ich Ihnen Jürgen Schwarzbek als Mitglied der Rechnungsprüfungs-kommission.

://: **Einstimmig wird Jürgen Schwarzbek, parteilos, für die restliche Amts dauer der Legislatur 2011-2015 in die Rechnungsprüfungskommission gewählt.**

Präsident Fabio Telatin: Ich gratuliere Jürgen Schwarzbek zur Wahl und bedanke mich für seinen Einsatz.

5. Fragerunde

Präsident Fabio Telatin: Es liegen vier vorzeitig eingereichte Fragen vor. Die erste Frage stammt von Andrea Vonlanthen, SVP betreffend „Grosse Einsparungen dank Sozialdetektiven“.

Andrea Vonlanthen, SVP: Wie gesagt, die SVP-Fraktion stellt Ihnen Fragen, wie grosse Einsparungen dank Sozialdetektiven möglich sind.

Die „Thurgauer Zeitung“ berichtete es am 15. Februar gross auf der Frontseite: Über vier Millionen Franken sparte der Kanton Thurgau im letzten Jahr bei der Invalidenversicherung ein, weil er mit externen Sozialdetektiven 15 Missbrauchsfälle nachweisen konnte. Ein Jahr zuvor machten die Einsparungen gar fünf Millionen Franken aus. Anders Stockholm, Leiter des kantonalen Amtes für AHV und IV und früherer FDP-Kantonsrat, bestätigte gegenüber der Zeitung, seit 2010 bestehe in seinem Amt eine eigene Stabsstelle, deren Experten den Versicherungsmissbrauch bekämpfen und Sozialdetektive beauftragen dürfen.

Diese aufsehenerregende Information erinnert daran, dass das Arboner Stimmvolk am 11. März 2012, also vor bald einem Jahr, einem Verfassungsartikel zustimmte, welcher den Einsatz von Sozialdetektiven ermöglicht, falls der Verdacht aufkommt, dass Sozialhilfeleistungen zu Unrecht bezogen werden (neuer Art. 49bis der Gemeindeordnung). Angenommen wurde aber auch die Volksinitiative „Stopp dem Sozialhilfe-Missbrauch!“, die bei Missbrauchsverdacht zwingend den Einsatz von externen Sozialdetektiven vorsah. Bei der Stichfrage zogen die Stimmberchtigten jedoch den Gegenvorschlag knapp vor. Im Grundsatz sprach sich aber eine Mehrheit für den Einsatz von Sozialdetektiven aus.

Die aktuelle Meldung aus der „Thurgauer Zeitung“ und das Ein-Jahr-Jubiläum seit der erwähnten Volksabstimmung veranlassen uns, dem Stadtrat die folgenden Fragen vorzulegen:

1. Wie beurteilt der Stadtrat den Einsatz von Sozialdetektiven durch den Kanton beim Verdacht von missbräuchlich bezogenen IV-Geldern? Ist dem Stadtrat bekannt, ob dies auch Arboner IV-Bezüger betrifft?
2. Wie oft und mit welchem Ergebnis kamen in Arbon Sozialdetektive zum Einsatz, seit sich das Volk im Grundsatz dafür ausgesprochen hat?
3. Warum findet das Ergebnis der Volksabstimmung über Sozialdetektive in der Gemeindeordnung noch immer keinen Niederschlag? Wann wird die Gemeindeordnung entsprechend angepasst sein?

Stadtrat Hans Ulrich Züllig: Vorerst besten Dank für die Fragen, geben sie dem Stadtrat doch einmal mehr die Möglichkeit zu einem kurzen Exkurs in die sozialen Sicherungswerke unseres Staatswesens.

Auch der Stadtrat hat den von Ihnen zitierten Artikel vom 15. Februar mit Interesse zur Kenntnis genommen.

Augenfällig ist dabei schon die Aufmachung. Ein Photo, welches mit Lupe den mit Leuchtstift markierten Begriff Sozialhilfe hervorhebt, während in der Bildlegende von der Invalidenversicherung die Rede ist. Sie sehen, dass sogar Journalisten bei ihrer Recherchearbeit über die korrekten Begrifflichkeiten stolpern können.

Die IV ist eine obligatorische Versicherung. Sie hat zum Ziel, die Existenzgrundlage im Falle von Invalidität abzusichern. Sie ist eine eigenständige Organisation mit Sitz im Kantonshauptort Frauenfeld. Demgegenüber bildet die Sozialhilfe das letzte Glied unseres sozialen Sicherungssystems. Sie ist gemäss dem Gesetz über die öffentliche Sozialhilfe Aufgabe der politischen Gemeinden und greift dort ein, wo Menschen, aus welchen Gründen auch immer, vom Netz der Sozialversicherungen nicht mehr getragen werden.

Die zweite Augenfälligkeit liegt in den publizierten Zahlen. Der besagte Artikel spricht von 15 Fällen, in denen die Renten gekürzt oder gar gestrichen worden sind.

Dies bedeutet zweierlei Dinge:

1. Es ist davon auszugehen, dass diese Fälle mit hoher Wahrscheinlichkeit in die Sozialhilfe der Gemeinden fallen. Denn der Anspruch auf zumindest Nothilfe und persönliche Betreuung ist gesetzlich verankert, wie sie aus einem ebenfalls, erst kürzlich publizierten Urteil des Bundesgerichtes entnehmen konnten.

2. In Bezug auf Ihre Fragestellung ist aber der zweite Aspekt wichtiger: Das Amt für IV betreut von ihrer Zentrale in Frauenfeld rund 7'300 IV-Rentner. Nicht eingerechnet die weiteren rund 2'000 Personen, welche in Integrationsmassnahmen eingebunden sind. Die 15 bestätigten Fälle ergeben somit, nur bezogen auf die Rentenbezüger, eine Missbrauchquote von 0.2 Prozent. Übertragen auf die rund 300 Klienten der Sozialhilfe unserer Gemeinde würde dies einen statistischen Missbrauchsquotienten von 0.6 Fällen ergeben.

Nun kann man mit Fug und Recht sagen, dass jeder Fall ein Fall zu viel ist, wäre da nicht eine dritte Augenfälligkeit:

Eine Statistik ist nie absolut. Ihre Aussagekraft erhält sie erst im Kontext einer Gesamtbetrachtung. Bezogen auf die Thematik Sozialversicherung und Sozialhilfe besteht diesbezüglich ein grundlegender Unterschied darin:

- Die IV betreut ihre gut 7'000 Klienten von der Zentrale in Frauenfeld aus. Die Verwaltung der IV stützt ihr Urteil auf Gutachten und Berichte von Fachpersonen wie z.B. Ärzten und Institutionen ab. In der Regel werden die Dossiers alle 3 Jahre einer Überprüfung unterzogen.
- Die Sozialhilfe hat ihren Sitz im Zentrum unserer Gemeinde. Die Anträge werden von der Sozialhilfebehörde, bestehend aus zwei Stadträten und drei Mitgliedern hier im Parlament, Vertreter der Parteien, geprüft. Die Klienten der Sozialhilfe werden in der Regel einmal im Monat zur Beurteilung ihrer aktuellen Situation eingeladen.

Aufgrund dieser Unterschiede im Stellenwert der Institutionen, wie in den Verfahren und der Klientenbetreuung ist das Missbrauchspotential in der Sozialhilfe wesentlich tiefer anzusetzen, als die im Bericht erwähnten ausgewiesenen 0.2 Prozent.

Dies vorausgeschickt beantworte ich Ihre Fragen wie folgt:

1. Wie beurteilt der Stadtrat den Einsatz von Sozialdetektiven durch den Kanton beim Verdacht von missbräuchlich bezogenen IV-Geldern?

Der Stadtrat sieht sich nicht berufen, Massnahmen des Kantons zu beurteilen. In Bezug auf die Sozialhilfe unserer Gemeinde im Falle von begründetem Verdacht auf Missbrauch befürwortet der Stadtrat den Einsatz von Sozialdetektiven.

Zusatzfrage: Ist dem Stadtrat bekannt, ob dies auch Arboner IV-Bezüger betrifft?
Nein, dies ist nicht bekannt, da die IV, wie bereits erwähnt, eine eigenständige Organisation bildet und auch hier die Bestimmungen des Persönlichkeits- bzw. Datenschutzes greifen.

2. Wie oft und mit welchem Ergebnis kamen in Arbon Sozialdetektive zum Einsatz?

Die Sozialhilfebehörde hat bereits den Einsatz von Sozialdetektiven angeordnet. Im Rahmen des Berichts zur Rechnung 2012 wird dazu Stellung genommen. Dieser Bericht ist derzeit im Stadtrat noch in Bearbeitung. Ich möchte daher an dieser Stelle nicht vorgreifen und bitte sie um Geduld und Verständnis.

3. Warum findet das Ergebnis der Volksabstimmung in der Gemeindeordnung noch immer keinen Niederschlag, wann wird die Gemeindeordnung angepasst?

Die im Gegenvorschlag zur Volksinitiative „Stopp dem Sozialhilfe-Missbrauch!“ vorgesehene Ergänzung von Art. 49 der Gemeindeordnung ist mit dem ersten Einsatz eines Sozialdetektivs im Jahr 2012 in Kraft getreten und seither materieller Bestandteil der Arboner Gemeindeordnung. Unter anderem aus diesem Grund stellte der Stadtrat an der 9. Sitzung des Stadtparlaments vom 11. September 2012 den Antrag, eine parlamentarische Kommission mit der Teilrevision der Gemeindeordnung zu beauftragen.

Gerade von ihnen, geschätzter Andrea Vonlanthen, wurde damals argumentiert, dass für eine Teilrevision der Gemeindeordnung derzeit (zum damaligen Zeitpunkt) „zu wenig Fleisch am Knochen“ sei und dass dem Volk keine „Bagatelle“ zur Abstimmung vorgelegt werden soll.

Entsprechend wurde der stadträtliche Antrag von der Traktandenliste des Parlaments gestrichen. Für den Stadtrat war dannzumal Ihre Argumentation durchaus nachvollziehbar. Der Stadtrat sieht heute keinen Grund, davon abzuweichen, bzw. seinen Arbeitskalender nach den Aktualitäten der Tagespresse auszurichten.

Präsident Fabio Telatin: Eine zweite Frage wurde von Claudia Zürcher, FDP betreffend „Weggestaltung Verbindungsweg zum Strandbad entlang Überbauung Simishölzli“ eingereicht.

Claudia Zürcher, FDP: Am Sonntag machten wir einen Spaziergang entlang dem See und gelangten Höhe Strandbad via Strandbadstrasse am Tennisplatz vorbei durch den Wald hinauf zur Industriestrasse. Auf Höhe der neuen Überbauung Simishölzli wurden wir von einer sehr eindrücklichen Wand empfangen. Sie wirkte im wahrsten Sinne des Wortes sehr eindrücklich auf uns, hoch, mächtig und erdrückend. Sie erinnert uns an einen Schutzwall bei einer Autobahn. Aber da ist keine Autobahn, da ist ein Weg, den viele Spaziergänger benutzen. Man stelle sich vor, die andere Seite würde auch von einer solchen Wand eingegrenzt, der Weg würde einem Tunnel ähnlich. Sind das die Folgen verdichteter Bauweise? Auf der Innenseite der Wand wurden einige Pflanzen gesetzt, welche wohl zur Begrünung dienen, schön für die Bewohner der Überbauung. Ich bin überzeugt, es gibt naturnähere und ästhetischere Gestaltungsmöglichkeiten von Sicht- und Lärmschutzvorrichtungen. Mag sein, dass diese nicht ganz so pflegeleicht und allenfalls auch nicht günstiger sind.

Meine Fragen an den Stadtrat:

- Wurden bei dieser Wand punkto Höhe und Grenzabstand die Bauvorschriften eingehalten?
- Inwieweit kann die Stadt Einfluss nehmen auf die „Gestaltung“ eines solchen „Sicht- und Lärmschutzes“?
- Kann die Stadt verlangen, dass entlang des Weges eine naturnähere, ästhetischere Gestaltung zu erfolgen hat?
- Wer ist zuständig für die Abnahme solcher Bauten? Auf den Plänen sind noch Bäume, welche den Weg säumen, eingezeichnet.

Stadtrat Reto Stäheli: Die Überbauung Simishölzli liegt in der Wohn und Gewerbezone hoher Baudichte östlich angrenzend an die reine Gewerbezone. Der Fussweg trennt die beiden vorgenannten Zonen.

Frage 1: Wurden bei dieser Wand punkto Höhe und Grenzabstand die Bauvorschriften eingehalten? Die Abnahme der Umgebungsarbeiten hat noch nicht stattgefunden und somit wurden die Masse noch nicht geprüft. In der Baubewilligung sind die Anforderungen betr. Höhe und Abstand festgehalten.

Frage 2: Inwieweit kann die Stadt Einfluss nehmen auf die „Gestaltung“ eines solchen „Sicht- und Lärmschutzes“?

Ausser in Ortsbildschutzzonen macht die Stadt keine weiterführenden Vorschriften zur Gestaltung. Primär ist vorliegend, dass das Bauteil die Anforderungen an den Schallschutz erfüllt und sich in die jeweilige Zone eingliedert. Es wird davon ausgegangen, dass ein Bauherr oder Planer eine Lösung sucht, die formalästhetisch ansprechend ist, da ein solches Bauteil auch von den Bewohnern auf dem Grundstück wahrgenommen wird.

Frage 3: Kann die Stadt verlangen, dass entlang des Weges eine naturnähere, ästhetischere Gestaltung zu erfolgen hat?

Bezüglich dieses Projektes „Überbauung Simishölzli“ ist eine punktuelle Bepflanzung im bewilligten Projekt enthalten.

Frage 4: Wer ist zuständig für die Abnahme solcher Bauten? Auf den Plänen sind noch Bäume, welche den Weg säumen eingezeichnet.

Zuständig ist die Abt. Bau. Diese erfolgen, nachdem der Bauherr das Bauteil zur Abnahme gemeldet hat. Erfolgt keine Meldung, bietet die Abt. Bau den Bauherr oder dessen Beauftragten zu einer Abnahme auf. Wenn Bauteile oder Bepflanzungen fehlen, wird dies beanstandet und als Auflagerledigung gefordert.

Präsident Fabio Telatin: Ein dritte Frage wurde von Luzi Schmid, CVP/EVP betreffend „Miete Seeparksaal an Vereine“ eingereicht.

Luzi Schmid, CVP/EVP: „Hier, wo wir jetzt gerade sitzen und tagen, hat vor kurzem eine intensive, lebhafte Fasnacht geherrscht, was doch auch immer wieder ein weit herum beachtetes Aushängeschild und kulturelles, zumindest gesellschaftliches Grossereignis für Arbon ist. Hinter solchen Veranstaltungen stehen regelmässig zeit- und kostenaufwendige Vereinstätigkeiten, die vielmals selbstverständlich von Arboner Bürgerinnen und Bürger in deren Freizeit und meistens fast gratis erfüllt werden.“

Weiss der Stadtrat, dass die Miete der Lokalitäten (zum Beispiel des Seeparksaals) für solche Vereine, wie immer wieder gehört wird, zur grossen Belastung wird und die Mietzinsforderung im Vergleich zu anderen Städten, wie beispielsweise Pentorama in Amriswil, teurer ausfällt? Wie laufen aus Sicht des Stadtrates solche Reservationsanfragen und die Festlegung der Entschädigungen ab und wie weit werden Vereine in solchen Angelegenheiten praktisch und finanziell unterstützt?“

Stadtammann Andreas Balg: Da die Stadt bzw. der Stadtammann jeweils „Opfer“ der fasnächtlichen Aktivitäten und Spektakel ist, habe ich mir bereits ein erstes konkretes Bild machen können.

Eine grundsätzliche Bemerkung vorweg:

Freiwilligenarbeit ist ein wesentlicher Pfeiler des gesellschaftlichen Zusammenlebens in jeder Gemeinde. Tag für Tag, Jahr für Jahr leisten eine Vielzahl von Arbonerinnen und Arbonern einen bedeutenden Beitrag in Form von ehrenamtlichen Aktivitäten. Da gehören sie, liebe Parlamentarierinnen und Parlamentarier, ja auch dazu. Diese wertvolle Arbeit verdient Anerkennung, sie verdient Respekt und sie verdient auch die Unterstützung der Stadt. Herzlichen Dank auch an sie.

Dass die Fasnacht ein bedeutendes Grossereignis ist, wurde auch dieses Jahr eindrücklich bewiesen. Die aktuelle Unterstützung zeigt sich wie folgt:

- Fr. 1'500.-- für die Fasnachtsgesellschaft Lällekönig werden zur Verfügung gestellt
- wie alle Arboner Vereine profitiert auch die Fasnachtsgesellschaft bei der Saalmiete vom Tarif für Einheimische, das bedeutet 45 -50 Prozent Preisnachlass

- Diverse bedeutende Leistungen des Werkhofs werden erbracht, ich erinnere an die Aufräumarbeiten, insbesondere dann im Anschluss an die Veranstaltung
- ... und nicht zu vergessen, den Beitrag des Stadtammanns

Uns ist eine Gesamtbetrachtung wichtig. Alle Vereine und Veranstaltungen unterziehen wir einer Gesamtbetrachtung. Die wichtigsten Kriterien sind:

- Entspricht das Angebot den Bedürfnissen der Stadt und der Bevölkerung
- Anzahl Mitglieder/Teilnehmer
- Gesamte Beiträge: Dienstleistungen, ich habe Werkhof als Beispiel erwähnt, Infrastruktur und Mitfinanzierung, Beiträge von Mitgliedern und Veranstaltungsbeiträge

Unser Ziel ist:

- Gleichbehandlung
- Freiwilliges Engagement und Erfolg soll belohnt werden
- Hilfe zur Selbsthilfe

Mit den zuständigen Verantwortlichen für die Fasnachtsorganisation haben wir auch bereits über ein nächstes Treffen gesprochen. Dieses wird in absehbarer Zukunft stattfinden.

Präsident Fabio Telatin: Die vierte und letzte schriftliche Frage wurde von Werner Keller, FDP betreffend Verschlechterung der ÖV Verbindung Arbon – St. Gallen, Linie 200 eingereicht.

Werner Keller, FDP: Meine Anfrage betrifft die angekündigte Verschlechterung der ÖV-Verbindung Arbon – St. Gallen, Linie 200.

In der Thurgauer Zeitung vom 21. Februar habe ich gelesen, dass sich der Arboner Peter Gubser und der Neukircher Stephan Tobler mit einem Vorstoss im Kantonsrat zur Erhaltung dieser Linie stark machen. In diesem Saal sitzen fünf Kantonsrättinnen und Kantonsräte aus Arbon, wovon zwei im Stadtrat und drei im Parlament sind. Alle sind „Geniesser“ dieser Paradelinie und kennen die angekündigte Verschlechterung dieses Angebotes. Ich erwarte von euch, geschätzte Kantons- und Stadträte, einen gemeinsamen Vorstoss bei der Thurgauer Regierung. Dass die Chance auf Gehör und Erfolg mit einer überparteilichen Aktivität erfolgreicher ist, wurde schon mehrmals bewiesen. Weiter bin ich der Überzeugung, dass auch mit der Unterstützung von unserem Parlament gerechnet werden kann. Und nun zu den für sehr, sehr viele Arbonerinnen und Arboner wichtigen Fragen.

1. Sind die beiden angesprochenen Stadt- und Kantonsräte gewillt und übernehmen die Federführung zu einem gemeinsamen Vorstoss im Kantonsrat?
2. Wenn Ja, wie könnte dieser Vorstoss lauten? Zu dieser Frage erwarte ich vorerst nur Stichworte.

Vizestadtammann Patrick Hug: Ich nehme zu ihren beiden Fragen, welche ich erst heute Morgen erhalten habe, wie folgt Stellung:

1. Grundsätzlich gilt es, alles zu unternehmen, dass die Linie 200 weiterhin direkt von Arbon bis zum Bahnhof St. Gallen geführt werden kann. Ein weiterer Vorstoss im Kantonsparlament müsste auch mit Stadtammann Andreas Balg abgesprochen sein, der die Stadt Arbon bei den Verhandlungen zwischen den Kantonen Thurgau und St. Gallen vertritt. Dies als Fazit einer ersten Besprechung mit Koni Brühwiler und Andreas Balg von heute Dienstag. Konrad Brühwiler und ich sind durchaus bereit, hier die Federführung zu übernehmen.
2. Das Ziel eines Vorstosses müsste über den sich abzeichnenden Kompromiss zwischen den beiden Kantonen hinausgehen, wonach die Linie 200 Arbon – Bahnhof St. Gallen während der Hauptverkehrszeiten HVZ direkt geführt wird, auch wenn davon immerhin 80 Prozent aller Passagiere profitieren würden.

6. Verschiedenes

- Informationen aus dem Stadtrat

Stadtammann Andreas Balg: Wir haben zwei kurze Beiträge. Der Eine betrifft mich selber, danach gebe ich gerne das Wort an Patrick Hug zum Jahresbericht 2012.

Ich darf Ihnen mitteilen, dass wir eine Wohnung in Arbon gefunden haben und zumindest meine Frau und ich bis spätestens April in Arbon wohnhaft sein werden. Ich freue mich sehr darauf, nicht nur weil es den Weg verkürzt, weil ich dann noch etwas näher bei Ihnen bin.

Vizestadtammann Patrick Hug: Wie bereits bei der Beantwortung der Interpellation Hofer angetönt, wird die Jahresrechnung 2012 wesentlich besser ausfallen als das budgetierte Defizit von Fr. 687'000.--. Wir werden Ihnen ein positives Ergebnis präsentieren können. Vor der Revision von Mitte März wollen wir aber keine konkreten Zahlen nennen. Die Finanz- und Geschäftsprüfungskommission FGK wird aber noch in dieser Woche mit dem Bericht über den provisorischen Jahresabschluss 2012 bedient werden.

Andrea Vonlanthen, SVP: Mir liegt daran, dass unter Verschiedenes die Öffentlichkeit noch korrekt informiert wird, was die Gemeindeordnung anbetrifft.

Ich bin ein bisschen erstaunt über die Ignoranz des zuständigen Stadtrats in dieser Frage. Es ist doch so, dass die Ergänzung der Gemeindeordnung am 11. März 2012 vom Volk beschlossen wurde. Das Volk hat beschlossen, dass in die Gemeindeordnung ein neuer Art. 49bis für Sozialdetektive aufgenommen wird. Das ist Beschluss des Volkes und hat nichts zu tun mit der Revision der Gemeindeordnung, gegen die wir uns im Herbst ausgesprochen haben. Darum ist die Frage im Raum: Wann liegt eine Gemeindeordnung vor, in der die vom Volk beschlossene Ergänzung der Gemeindeordnung festgehalten wird? Wann nehmen sie den Volkswillen ernst, Herr Stadtrat Züllig?

Präsident Fabio Telatin: Der Stadtrat nimmt es zur Kenntnis und wird es Ihnen schriftlich mitteilen.

Wenn ich heute über den See geschaut habe, kann ich mir gar nicht richtig vorstellen, dass der See vor 50 Jahren ganz zugefroren war. So etwas kenne ich nur aus Erzählungen. Am letzten Mittwoch, 20. Februar 2013 wurde ich mit anderen Arbonerinnen und Arboner nach Langenargen zum Auftakt der Jubiläumsfeierlichkeiten der Seegförm im Jahre 1963, also vor 50 Jahren und die daraus resultierende Städtefreundschaft Arbon-Langenargen eingeladen. In einer emotionalen Erinnerungsrede durch unseren Regierungsrat und Arboner Dr. Claudius Graf-Schelling gehalten, wurden wir gedanklich in diese Zeit zurückversetzt und in vielen Gesichtern sah man die Erinnerung wach werden und die damalige Zeit kehrte zurück. In den ausgestellten Bildern erkannte sich mancher wieder. Ein Film dokumentierte den Ritt des Arboners Edwin Lengweiler über den See und eine grossen Völkerschar, welche an diesem Naturschauspiel teilnahm. Ausgestellte Dokumente erinnern an den Beginn der Freundschaft zwischen Arbon und Langenargen, an die völkerbindende Funktion, die Brücke aus Eis.

Am 18. März 2013 wird eine kleine Eröffnungsfeier zur Ausstellung hier in Arbon stattfinden und am 27. April die Finissage. Gerne lade ich Sie dazu ein, unsere Nachbarn aus Langenargen zu begrüssen und mit ihnen Erinnerungen und Gedanken auszutauschen und an Bildern zu sehen, welches seltene Naturschauspiel sich damals am oder im Bodensee zeigte und die Städtefreundschaft zwischen Langenargen und Arbon den Anfang nahm. Wollen wir auch weiterhin diese Freundschaft pflegen.

Dies zu Ihrer Information.

Präsident Fabio Telatin: Die Interpellation von Peter Gubser, die eingereicht wurde, ist von sieben Mitgliedern unterzeichnet worden und wird nun zur Bearbeitung an den Stadtrat weitergeleitet.

Geschätzte Besucherinnen und Besucher, Parlamentsmitglieder, Stadtratsmitglieder und Vertreter der Medien. An der von der IG Sport veranstalteten Sportlernacht vom letzten Freitag wurde mir so richtig bewusst, wie viele Stunden diese Sportler aufbringen müssen, um Topleistungen erbringen zu können. Auch wir Parlamentsmitglieder investieren viele Stunden für die Bearbeitung der verschiedenen parlamentarischen Aufgaben, auch wir versuchen, beste Leistung zu erbringen in Vertretung des Volkes und in dessen Sinne. Deshalb danke ich ihnen allen ganz herzlich für ihre Fairness und die Akzeptanz, sei es im Sport oder in der Politik

Wir sind am Ende dieser Sitzung angekommen und ich danke ihnen allen für die aktive Mitarbeit und ihr Interesse. Verweilen sie doch noch ein wenig im Foyer und nutzen sie die Gelegenheit für ein interessantes Gespräch bei einem Getränk.

Ich erkläre die Sitzung hiermit als geschlossen.

Schluss der Sitzung: 20.55 Uhr

Für die Richtigkeit des Protokolls:

Die Parlamentspräsident:

Fabio Telatin

Die Parlamentssekretärin:

Evelyne Jung